

Wahlprüfsteine
des Runden Tisches Asyl und Migration Potsdam-Mittelmark
zur Landratswahl im Landkreis Potsdam-Mittelmark am 6. Februar 2022

Antworten der Kandidaten

Der Runde Tisch Asyl und Migration Potsdam-Mittelmark (RTAM PM) ist ein bürgerschaftlicher Zusammenschluss von Menschen mit Fluchterfahrung, Ehrenamtler*innen, Arbeitgeber*innen, Träger-Vertreter*innen der Flüchtlingshilfen und Beratungsstellen im Landkreis. Gemeinsames Ziel des Netzwerks bildet die Verbesserung der gesellschaftlichen Lebens- und Teilhabebedingungen von Menschen mit Flucht und Migrationshintergrund.

Am 6. Februar 2022 findet in Landkreis Potsdam-Mittelmark (PM) die nächste Landratswahl statt. Insgesamt sieben – durchweg männliche – Bewerber treten zu dieser Wahl an. Auch wenn die zentralen Festlegungen über asyl- und migrationspolitische Rahmenbedingungen auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene getroffen werden, verbleibt doch eine Reihe von wichtigen Entscheidungs- und Handlungskompetenzen beim Landkreis. Der RTAM PM hat sich daher entschlossen, den Kandidaten zur Landratswahl 'Wahlprüfsteine' in Form eines Fragenkatalogs vorzulegen. Die Fragen wurden am 13. Dezember 2021 mit der Bitte um Beantwortung bis zum 16. Januar 2022 per E-Mail an die Bewerber versendet.

Die Resonanz auf unser Anliegen ist erfreulicherweise sehr positiv. Sämtliche Bewerber haben geantwortet, zwei davon mit leichter Fristüberschreitung. Sechs Rückmeldungen orientieren sich mehr oder weniger strikt an den vorgelegten Fragen, eine erfolgte als zusammenfassender E-Mail-Text. Auch wenn die Antworten – wenig überraschend – im Einzelnen unterschiedliche Sichtweisen, Akzentuierungen und Sachverhaltsbeurteilungen erkennen lassen, machen sie jedoch eines deutlich: Alle Kandidaten stehen den Belangen geflüchteter Menschen im Landkreis PM grundsätzlich offen und aufgeschlossen gegenüber. Auch in dieser Hinsicht herzlichen Dank für die Beteiligung!

Die Antworten haben wir im Folgenden in der Reihenfolge des Eintreffens ungekürzt und unredigiert zusammengestellt (die als E-Mail-Text eingegangene Rückmeldung steht am Ende). Mit der Veröffentlichung möchten wir vor allem den an gelingender Integration geflüchteter Menschen im Landkreis PM interessierten Wähler*innen eine Orientierungshilfe zur Landratswahl geben. Hierbei enthalten wir uns bewusst einer weitergehenden Bewertung – auch wenn der RTAM PM im vorliegenden Themenkontext naturgemäß nicht neutral sein kann, meinen wir, dass sich alle Interessierten anhand der Antworten sehr gut auch ohne ‚unser Zutun‘ ein eigenes Bild machen können.

In diesem Sinne wünschen wir eine aufschlussreiche Lektüre!

Bad Belzig, 20. Januar 2022 – für den Runden Tisch:

Ruth Koschel, Martin Kühn, Dr. Ermyas Mulugeta, Ulrike Rauh, Max Steinacker

Runder Tisch Asyl und Migration Potsdam-Mittelmark

c/o Belziger Forum e.V.

Straße der Einheit 25

14806 Bad Belzig

Kontakt:

E-Mail: infocafe.derwinkel@gmail.com

Telefon: Ruth Koschel 01525/7605033, Max Steinacker 0176/38070436

Antworten der Kandidaten auf unseren Fragenkatalog

1. Gesellschaftliche Integration und Teilhabe geflüchteter Menschen

Hinweis: Hans-Peter Goetz (FDP) hat die Fragen 1. a) bis 1. c) mit einem zusammenfassenden Text beantwortet – siehe 1. c); Jens Hinze (parteilos) hat lediglich die Fragen 1. a) und 1) b) beantwortet.

a) Welchen Stellenwert hat für Sie die gesellschaftliche Teilhabe von geflüchteten Menschen im Landkreis PM?

Meiko Rachimov (Piratenpartei):

Flucht und Migration sind schon immer Normalität und haben vielfältige Ursachen. Unser humanistisches Menschenbild gebietet es, Schutzbedürftigen zu helfen. Als Gesellschaft profitieren wir vom Einfluss anderer Kulturen und der demographische Wandel hat dazu geführt, dass der deutsche Arbeitsmarkt auf die Zuwanderung angewiesen ist. Doch die Zuwanderung führt zu gesellschaftlichen Spannungen. Wenn man Geflüchtete als Menschen zweiter Klasse behandelt und diese keiner Arbeit nachgehen können, um ihre Lebenssituation zu verbessern, führt dies zu Problemen wie z.B. Kriminalität. Das ist Wasser auf den Mühlen völkischer Ideologien, deren Vertreter mit plumpen Populismus unsere Demokratie gefährden. Eine gelungene Integration Geflüchteter ist folglich zwingend notwendig. Mit der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe Geflüchteter wird eine Identifikation mit unseren Werten und unserer Kultur ermöglicht. Sie baut Barrieren ab und gibt den Geflüchteten die Chance, sich als wertvolle Menschen in unsere Gesellschaft einzubringen.

Georg Hartmann (Bündnis 90/Die Grünen):

Die gesellschaftliche Teilhabe geflüchteter Menschen hat für mich einen hohen Stellenwert. Sie stellt eine erhebliche Bereicherung unserer Gesellschaft dar. Sie setzt aber notwendig einen Einsatz voraus, um die Teilhabe zu ermöglichen. Auch dieser hat eine positive Wirkung als Bestandteil des allgemeinen gesellschaftlichen Miteinanders.

Jens Hinze (parteilos):

Für mich einen sehr hohen, wir müssen als Gesellschaft es hinbekommen, das geflüchtete Menschen, sich bei uns in PM wohlfühlen, dass Sie PM irgendwann auch ihre „Heimat“ nennen!

Marko Köhler (SPD):

Wir unterstützen die Arbeit der Migrantenorganisationen, die sich unterschiedlichsten Themen und Aufgaben widmen. Sie sollen sich weiterhin im politischen, sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich engagieren. Als Interessenvertretung leisten sie durch ihre Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Entscheidungs- und Gestaltungsprozess einen wichtigen Beitrag zur Integration. Wir fühlen uns den diesbezüglichen Zielen des Landesintegrationskonzeptes verpflichtet und arbeiten an der Umsetzung der dort genannten Maßnahmen.

Christian Große (CDU):

Ohne Teilhabe ist Integration nicht möglich. Deshalb hat die Teilhabe von geflüchteten Menschen einen großen Stellenwert.

b) Wie sehen Sie den Landkreis diesbezüglich aufgestellt (Stärken/Schwächen)?

Meiko Rachimov (Piratenpartei):

Im Landkreis gibt es großes ehrenamtliches Engagement. Menschen setzen sich für Flüchtlinge ein und Initiativen fördern die Begegnungen. Als Beispiel seien das Netzwerk Neue Nachbarn in Werder (Havel) oder die Initiative der evangelischen Kirche in Kleinmachnow erwähnt. Aber natürlich gibt es auch Defizite im Landkreis. Zuerst seien die Gemeinschaftsunterkünfte zu nennen. Geflüchtete müssen hier auf viel zu engen Raum mit geringen finanziellen Möglichkeiten zusammenleben. Immerhin hat der Kreistag zuletzt die im Verhältnis zur Einwohnerschaft viel zu groß geplante Gemeinschaftsunterkunft (GU) in Schmerwitz verhindert. GUs sind aus meiner Sicht grundsätzlich abzulehnen, da eine soziale Integration so nicht funktionieren kann. Es fehlt ausreichend bezahlbarer Wohnraum im Landkreis, was sich hier besonders bemerkbar macht. Geflüchtete müssen so viel länger in der nur als vorübergehend angedachten Wohnsituation der GU verbleiben. Erschwerend kommt hinzu, dass die GUs nicht ausreichend ausgestattet sind, auch wenn dies durch ehrenamtliche Helfer und Eigeninitiative teilweise kaschiert wird. Zum Beispiel ist ein Internetzugang - gerade auch in Zeiten der Pandemie - notwendig. Nur so kann online etwa an Sprachkursen, Schulungen und Beratungen teilgenommen werden. Auch der Mangel an Kita-Plätzen ist ein Problem, das zwar nicht nur Geflüchtete trifft, dies aber deren Integration im Besonderen verhindert. Darüber hinaus gibt es immer wieder Fälle von Diskriminierung

der Geflüchteten in den GUs durch das dortige Personal. Ein weiteres Problem in Potsdam-Mittelmark ist die Überlastung der zuständigen Behörden. Dies scheint teilweise zu nicht nachvollziehbaren Entscheidungen zu führen.

Georg Hartmann (Bündnis 90/Die Grünen):

Als Stärken in unserem Kreis nehme ich die vielen ehrenamtlichen Initiativen wahr sowie diejenigen Mitarbeiter der Verwaltung, die eine positive Entwicklung fördern. Als Schwächen sind für mich teils noch „überkommene“ Praktiken in der Ausländerbehörde erkennbar, d.h. z.B. unzeitgemäße Aktenführung, komplizierte Verfahrensweise, verbesserungsfähige Kommunikation, unzureichendes Ausschöpfen des gesetzlichen Ermessensspielraums (mehr unterstützendes, statt verhinderndes Verwaltungshandeln). Ferner werden der Integrationsbeauftragten und dem Integrationsbeirat zu wenig Gewicht beigemessen. Die Nachwahl von ausgeschiedenen Mitgliedern des Integrationsbeirates muss geregelt werden.

Jens Hinze (parteilos):

Das kann ich Ihnen nicht beantworten, das wissen Sie bestimmt besser als ich. Wenn ich Landrat bin dann können wir gemeinsam über die Schwächen reden, um diese dann abzustellen.

Marko Köhler (SPD):

Ich sehe den Landkreis, bei aller berechtigten Kritik an Einzelfällen, im Vergleich zu anderen gut aufgestellt. Dies liegt an den Mitarbeiter:innen in der Ausländerbehörde, der Zusammenarbeit von Kreisverwaltung und Kreistag, aber insbesondere an den vielen ehrenamtlichen Initiativen der Bürgerinnen und Bürger.

Christian Große (CDU):

Ich sehe in diesem Bereich große Stärken in den vielen ehrenamtlichen Strukturen - hier gilt es, weiterhin zu unterstützen. Ein großes Defizit ist die fehlende Zusammenarbeit des Landkreises mit den Kommunen – hier muss umgehend gegengesteuert werden.

c) Welches sind nach Ihrer Einschätzung die wichtigsten Handlungsfelder für weitere Verbesserungen?

Meiko Rachimov (Piratenpartei):

- Verbesserung der Lebensqualität, bessere Ausstattung und mehr Personal mit entsprechender Ausbildung (Psychologen, Sozialarbeiter) in den Gemeinschaftsunterkünften
- Verlegung von Familien und Einzelpersonen (die ggf. freiwillige Wohngemeinschaften bilden) aus Gemeinschaftsunterkünften in Wohnungen verteilt über den Landkreis (Ziel muss die Schließung der GUs sein)
- Mehr Personal in der Ausländerbehörde und den anderen beteiligten Fachdiensten und eine Sensibilisierung der Sachbearbeiter für das Thema Integration
- mehrsprachige Online-Plattform für Geflüchtete mit Beratungsangeboten, Hilfestellungen und Schulungsangeboten
- Wertschätzung zivilgesellschaftlicher Initiativen, Fördermittel für Angebote, die eine Begegnung fördern

Georg Hartmann (Bündnis 90/Die Grünen):

Dies ist zunächst die dezentrale Unterbringung Geflüchteter. Initiativen (einschließlich Wohnungsbaugesellschaften) haben dies bereits ins Auge gefasst und teils mit der Umsetzung begonnen. Mir sind auch viele, teils auch kleine Kommunen im Kreis bekannt, die mehr tun wollen. Hier tun sich für den Kreis viele gute Möglichkeiten auf, die im gemeinsamen Handeln viel voranbringen können.

Ich möchte auch den Kontakt von Ausbildern und geflüchteten Auszubildenden sowie Arbeitgebern und geflüchteten Arbeitnehmern intensivieren und bestenfalls institutionalisieren, d.h., dass eine darauf spezialisierte Anlaufstelle mit konkreten Vermittlungs- und Unterstützungsangeboten einrichten (Trägerschaft offen).

Ferner siehe 1.b). Eine „Revision“ der Ausländerbehörde.

Marko Köhler (SPD):

Für eine gute Integration der geflüchteten Menschen sind drei Dinge besonders wichtig: das Erlernen der deutschen Sprache, eine eigene Wohnung sowie die Vermittlung eines Arbeitsplatzes. Hier kann noch einiges verbessert werden.

Christian Große (CDU):

Die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und dem Landkreis muss unbedingt auf neue Füße gestellt werden. Hierauf liegt mein erstes Augenmerk.

Hans-Peter Goetz (FDP):

zusammenfassende Antwort zu 1. a) bis 1. c)

Die Rechtslage unterscheidet zwischen Asylberechtigten, Menschen mit vorläufigem Schutz und Menschen, die weder den einen noch den anderen Status oder noch einen ungeklärten Status haben. Daran sind Folgen geknüpft, die den Landrat als Behörde binden. Die Rechtslage ist unbefriedigend, weil das Asylrecht an politische Verfolgung im Heimatland anknüpft und alle anderen Fragen offen lässt.

Große Hoffnungen setze ich auf die neue Bundesregierung, die sich (endlich) ein Einwanderungsgesetz vorgenommen hat und damit für alle mehr Klarheit schafft.

Asylberechtigte werden dauerhaft bei uns bleiben. Ihnen müssen wir umfassende Integrationsangebote unterbreiten, die sie dann aber auch annehmen müssen.

Alle anderen erhalten abgestufte Angebote im Rahmen unserer Möglichkeiten.

Für alle gilt, dass Kindern die Schule und Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen ist.

Integration gelingt vor allem durch Schule, Ausbildung, Arbeit und Sport, teilweise durch Kultur. Da müssen wir besser werden, zB. durch Förderung von Vereinen, die sich besonders engagieren.

2. Unterbringungs- und Wohnsituation geflüchteter Menschen

Hinweis: Hans-Peter Goetz (FDP) hat die Fragen 2. a) bis 2. d) mit einem zusammenfassenden Text beantwortet – siehe 2. d); Jens Hinze (parteilos) hat lediglich die Frage 2. a) beantwortet.

a) Wie beurteilen Sie die Wohnsituation der in den Gemeinschaftsunterkünften (GU) des Landkreises PM lebenden Menschen?

Meiko Rachimov (Piratenpartei):

siehe 1b)

Die Wohnsituation in den Gemeinschaftsunterkünften hat sich teilweise zwar verbessert, bleibt aber keine Dauerlösung. Sie behindert die gesellschaftliche Teilhabe enorm und belastet zwischen Verhältnis der Geflüchteten und Einheimischen.

Georg Hartmann (Bündnis 90/Die Grünen):

Quantitativ und qualitativ unzureichend. Teils werden Zustände geschildert, die menschenunwürdig sind. Dies ist auch unwürdig für unsere Gemeinschaft, zumal die Mehrheit der Menschen in Potsdam-Mittelmark eine bessere und menschwürdige Unterbringung Geflüchteter wünscht.

Jens Hinze (parteilos):

Gemeinschaftsunterkünfte halte ich für die Ankunft, die ersten Wochen für wichtig. Es sind ja doch einige Dinge zu klären mit Behörden etc.. Das Ziel, muss es aber sein Menschen, Familien in Wohnungen, Häusern etc. unterzubringen. Ihnen ein „normales“ Leben zu ermöglichen, auch wenn gewünscht in einen unser Dörfern des Landkreises.

Marko Köhler (SPD):

Aus meiner Sicht sollte es mehr dezentrale und kleinere Unterkünfte für die Geflüchteten geben – das ist ja bereits Beschlusslage des Kreistages. Außerdem müssen viele Geflüchtete zu lange in den Gemeinschaftsunterkünften verbleiben. Ich unterstütze deshalb die Bemühungen der Kreisverwaltung zur Suche nach geeigneten Wohnungen, z. B. durch ein gemeindeübergreifendes Wohnungsmanagement.

Christian Große (CDU):

Die wenigen verfügbaren GU machen es schwierig, an der Wohnsituation etwas zu verbessern. Der Landkreis sollte jedoch versuchen, in den Einrichtungen größtmögliche Selbständigkeit für Bewohner herzustellen.

b) Welche konkreten Handlungsbedarfe und -möglichkeiten sehen Sie für Verbesserungen?

Meiko Rachimov (Piratenpartei):

siehe 1c)

- *bessere Ausstattung, vor allem IT-Technik*
- *Kinderbetreuung gewährleisten*
- *mehr Sozialarbeiter / Psychologen*
- *Wohnraum beschaffen, um GUs aufzulösen (Einzelpersonen können ggf. gemeinsam in kleinen WGs verteilt über den Landkreis untergebracht werden)*

Georg Hartmann (Bündnis 90/Die Grünen):

Siehe schon oben (dezentrale Unterbringung in menschenwürdigen Wohnungen in einem siedlungstypischen Umfeld: Initiative privater und kommunaler Wohnungsbaugesellschaften, Zusammenarbeit mit vielen kooperationswilligen Kommunen mit viel Leerstand etc.).

Marko Köhler (SPD):

Mit Blick auf die aktuelle Entwicklung der Zugangszahlen von geflüchteten Menschen hat das Land Brandenburg eine neue Förderrichtlinie erlassen, kommunale Angebote zur Unterbringung, Aufnahme und Integration zu fördern. Hierfür müssen die Landkreise einen kommunalen Eigenanteil in Höhe von 30 % vorsehen. Wir beabsichtigen in Potsdam-Mittelmark uns im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel an diesem Programm zu beteiligen und so Unterbringungs- und Wohnsituation geflüchteter Menschen zu verbessern.

Christian Große (CDU):

Zusammenarbeit mit den Kommunen muss dazu genutzt werden, bessere Angebote zu schaffen. Der Landkreis kann nicht einfach im nichtöffentlichen Teil Grundstücke ankaufen, ohne die Kommunen im Boot zu haben.

c) Welche diesbezüglichen Initiativen werden Sie in Ihrem ersten Amtsjahr ergreifen?

Meiko Rachimov (Piratenpartei):

Mittelbereitstellung für die Ausrüstung der GUs mit ausreichend IT-Technik / WLAN

- *Aufstockung von Personalstellen zur Beratung / Betreuung / Integration Geflüchteter*
- *hochwertiges Online-Angebot an Deutschkursen für jeden Geflüchteten*
- *Gründung einer kreiseigenen Wohnungsgesellschaft und Kredit-finanzierter Wohnungskauf bzw. Bau zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums verteilt über den Landkreis.*
- *Beginn der Verwaltungsmodernisierung zur Steigerung der Zufriedenheit und Effektivität der Mitarbeiter in den Behörden*
- *Kennenlern-Workshop der Sachbearbeiter mit Geflüchteten)*

Georg Hartmann (Bündnis 90/Die Grünen):

*Kontakt mit den bisher tätigen ehrenamtlichen und kommunalpolitischen Initiativen sowie den privaten und kommunalen Wohnungsunternehmen aufnehmen und die Initiativen fördern und begleiten. Treffen mit allen Bürgermeister*innen und Ortsvorsteher*innen zur Einladung zur Meldung geeigneten Wohnraums und Prüfung der Herrichtung und Vergabe desselben an Geflüchtete.*

Marko Köhler (SPD):

Ich werde mit den Bürgermeister:innen und Amtsdirektor:innen des Landkreises die Umsetzung der Förderrichtlinie des Landes erörtern und das Ergebnis in die laufenden Haushaltsberatungen einbringen.

Christian Große (CDU):

Konferenz mit den Kommunen und Initiativen um gemeinsame Handlungsstrategien zu erarbeiten und umzusetzen.

d) Worin sehen Sie die Kernelemente einer Strategie des Landkreises zur (verstärkten) Unterbringung von geflüchteten Menschen bzw. Familien in eigenen Wohnungen?

Meiko Rachimov (Piratenpartei):

- *verstärkte Beschaffung eigenen Wohnraums (Ankauf / Bau) nicht nur für Geflüchtete*
- *möglichst gleichmäßige Verteilung Geflüchteter im Landkreis, wobei die Infrastruktur vor Ort gegeben sein muss*
- *schnelle Genehmigungsprozesse bzgl. der Arbeitserlaubnis*
- *mobile Beratung*

Georg Hartmann (Bündnis 90/Die Grünen):

S.o. und verstärkter sozialer Wohnungsbau. Weg von Massenunterkünften, hin zu dezentraler Unterbringung. Die Verschaffung einer eigenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit für Geflüchtete für deren eigenständige Organisation ihrer Lebens- und Wohnsituation.

Marko Köhler (SPD):

Hier verweise ich auf die vorgenannten Antworten zu den Fragen 2a) bis 2c).

Christian Große (CDU):

Siehe Antwort c).

Hans-Peter Goetz (FDP):

zusammenfassende Antwort zu 2. a) bis 2. d)

Unterbringung in eigenen Wohnungen ist Heimunterbringung vorzuziehen, soweit die Menschen dauerhaft bei uns bleiben werden. Allerdings sind Wohnungen knapp. Ich finde es gut, wenn der Landkreis eigene Objekte bereitstellt. Das will ich verstärken.

Die Anmietung von Wohnungen ist schwierig, wenn die potentiellen Mieter die deutsche Sprache kaum oder gar nicht sprechen und also auch den Mietvertrag nicht verstehen. Bewährt hat sich die Anmietung durch Träger, zB. die AWO, die dann untervermieten mit dem Ziel, den Vertrag später überzuleiten.

Wie weit das gelingt wird wesentlich davon abhängen, wie viele Menschen künftig kommen. Immerhin will die neue Bundesregierung jährlich 400.000 Wohnungen bauen lassen.

3. Bildung, Arbeit, Ausbildung

Hinweis: Christian Große (CDU) und Hans-Peter Goetz (FDP) haben die Fragen 3. a) bis 3. d) mit zusammenfassenden Texten beantwortet – siehe 3. d; Marko Köhler (SPD) hat die Fragen 3. a) und 3. b) zusammenfassend beantwortet – siehe 3. b).

a) Welche Handlungsmöglichkeiten sehen Sie für den Landkreis, um die oftmals schwierige schulische Situation von Kindern und Jugendlichen aus Familien geflüchteter Menschen nachhaltig zu verbessern?**Meiko Rachimov (Piratenpartei):**

- Organisation spezieller Betreuungs- und Nachhilfeangebote
- Verbesserung der Qualität der Deutschkurse
- Ausbau der Schulsozialarbeit

Georg Hartmann (Bündnis 90/Die Grünen):

*Unterstützung der Schulen bei der gezielten Förderung geflüchteter Schüler*innen.*

Lernpatenschaften, Förderung innerschulischer Initiativen, da diese die beste Kenntnis der konkreten Defizite haben.

Zusätzlich käme eine schulpsychologische und/oder sozialpädagogische Betreuung in Betracht.

Angebote auch an Mütter von kleinen Kindern und Schulkindern.

Jens Hinze (parteilos):

Sie beschreiben es in Ihrer Frage schon als schwierig, leider schon in der Grundschule meines Sohnes in Treuenbrietzen erlebt. Es ist nicht einfach. Ich kenne den gesetzlichen Handlungsspielraum des Landkreises nicht, ob hier zusätzliche Bildungsangebote geschaffen werden können.

b) Wie wollen Sie die zusätzlichen Defizite infolge der corona-bedingten schulischen Einschränkungen ausgleichen und zukünftig verhindern?**Meiko Rachimov (Piratenpartei):**

- der Zugang zu Online-Angeboten der Schulen ist zu verbessern (Geräte, WLAN etc.)
- siehe 3a)

Georg Hartmann (Bündnis 90/Die Grünen):

s.o. – I.Ü. besteht diese Frage ganz allgemein im schulischen Alltag. Die dort umzusetzenden Maßnahmen sind auch für Geflüchtete umzusetzen; ggf. unter Beachtung besonderer Sprachbarrieren.

Jens Hinze (parteilos):

Ich bin der Meinung das alle Kinder hier Einschränkungen erleiden musste und diese Auszugleichen noch Jahre benötigt, geflüchtete noch um so mehr a) die Sprache und b) weiß ich dass diese mit dem „Homeschooling“ oft überfordert waren. Verhindern kann man das nicht, man muss es minimieren und ausgleichen. Hier hilft nur Angebote schaffen.

Marko Köhler (SPD):

Die Fragen zu 3a) und 3b) beantworte ich wie folgt:

In den Schulen unseres Landkreises ist das Programm „Aufholen nach Corona“ angelaufen. Damit sollen Kinder und Jugendliche Corona-bedingte Lernrückstände aufholen können. Dafür stehen in ganz Brandenburg fast 70 Mio. Euro zur Verfügung. Davon werden folgende Maßnahmen:

- ergänzende Lernangebote,
- individuelle Lernbegleitung,
- schulergänzende und außerschulische Angebote zum Abbau von Lernrückständen,

- Angebote der Schulsozialarbeit,
- psychosoziale Angebote und Bewegungsangebote sowie
- zusätzliche Ferien- und Freizeitmöglichkeiten und Freiwilligendienste.

c) Welche Ansatzpunkte bestehen Ihres Erachtens auf Landkreisebene, um die Durchfallquote von geflüchteten Menschen bei der Abschlussprüfung in der Berufsausbildung zu senken?

Meiko Rachimov (Piratenpartei):

• gute Sprachkenntnisse sind der Schlüssel zur Teilhabe; der Landkreis muss deshalb alles daransetzen, um Geflüchteten die Möglichkeit zum Erwerb besserer Sprachkenntnisse zu ermöglichen

Georg Hartmann (Bündnis 90/Die Grünen):

Gezielte (berufs-)schulische Zusatzförderung – möglichst frühzeitig; ausgehend von den bisherigen und weiter zu evaluierenden Erfahrungen der Durchfallursachen. Motivierung der Auszubildenden zu gemeinsamen Lerninitiativen.

Jens Hinze (parteilos):

Diese Aussage höre ich heute zum ersten Mal, vielleicht können Sie mir sagen was die Ursachen sind? Ich kann mir nur vorstellen, dass hier Sprachbarrieren das größte Problem sind.

Marko Köhler (SPD):

Es ist entscheidend die berufliche Grundbildung zu stärken. Hierfür können Programme wie „BleibNet proQuali (BpQ)“ wichtige Stützen sein. Für uns ist aber auch klar, dass das Erlernen der deutschen Sprache der Schlüssel für eine erfolgreiche Berufsbildung von geflüchteten Menschen ist.

d) Wie kann aus Ihrer Sicht der Übergang von migrantischen Ausbildungsabsolvent*innen in den Arbeitsmarkt durch den Landkreis weiter erleichtert und gefördert werden?

Meiko Rachimov (Piratenpartei):

• durch Aufstockung von Personalstellen zur Beratung / Betreuung / Integration Geflüchteter ist eine Verbesserung möglich

Georg Hartmann (Bündnis 90/Die Grünen):

s.o. 1. c) und 2 b) (=> Eine dezentrale Unterbringung im siedlungstypischen Umfeld fördert auch Kontakte für eine Berufstätigkeit.)

Jens Hinze (parteilos):

Die Frage überrascht mich, ich dachte über diesen Punkt sind wir schon lange weg. Jede Arbeitskraft wird in PM jetzt und in der Zukunft benötigt egal, aus welcher Schicht oder aus welchem Land. Wichtig ist nur er hat eine Ausbildung gemacht.

Marko Köhler (SPD):

Wir sehen die Chancen und Potenziale, die Zuwanderung und Integration bieten. Integration kann gelingen, wenn sich die Gesellschaft vereint dafür einsetzt. Unser Jobcenter MAIA leistet hier bereit eine wichtige Arbeit. Wir müssen aber auch Partner in der Wirtschaft finden, migrantische Ausbildungsabsolvent*innen erfolgreich in den Arbeitsmarkt zu bringen.

Christian Große (CDU):

Gemeinsame Antwort zu a) - d):

Es bedarf einer gezielten Förderung – egal, ob es um Schule oder auch Ausbildung geht. Konkrete und zusätzliche Angebote müssen in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen, um die Chancen auf Abschlüsse oder auch die Defizite während der Pandemie abzubauen.

Hans-Peter Goetz (FDP):

Antwort zu 3. a) bis 3. d)

Der Landkreis kann nur zusätzliche Angebote zur Nacharbeit bei schulischen oder Ausbildungsproblemen unterbreiten, z.B. über die Kreisvolkshochschule. Die Bildungsinhalte bestimmt nicht der Landrat.

Entscheidende Voraussetzung für erfolgreiche Schul- und Ausbildungsabschlüsse ist die Beherrschung der deutschen Sprache. Am besten gelingt das durch Einbindung in der Freizeit. zB. in Sportvereinen. Soweit an den Einrichtungen des Landkreises Kinder oder Auszubildende keinen Zugang zu digitalem Lernen haben, müssen wir das ändern.

Nach erfolgreicher Ausbildung kann das MAIA-Jobcenter den Übergang in den Arbeitsmarkt fördern.

4. Ausländerbehörde

Hinweis: Christian Große (CDU), Marko Köhler (SPD) und Hans-Peter Goetz (FDP) haben die Fragen 4. a) bis 4. f) mit zusammenfassenden Texten beantwortet – siehe 4. f); Jens Hinze (parteilos) hat lediglich die Fragen 4. a), 4. c), 4. d) und 4. e) beantwortet.

a) Wie beurteilen Sie die derzeitige 'Aufstellung' der Ausländerbehörde in Werder (Havel)?

Meiko Rachimov (Piratenpartei):

*In der Vergangenheit haben die Piraten in PM die Aufstellung der Ausländerbehörde scharf kritisiert, siehe etwa hier: <https://www.maz-online.de/Lokales/Brandenburg-Havel/Mittelmark-Andrang-bei-Auslaenderbehoerde>
So schlimm wie in der Vergangenheit sind die Zustände nicht mehr. Gleichwohl besteht weiterhin Optimierungsbedarf, um eine schnellere Bearbeitung im Interesse der Geflüchteten zu ermöglichen.*

Georg Hartmann (Bündnis 90/Die Grünen):

Eine angemessene, detaillierte und sachgerechte Beantwortung dieser Frage setzt für mich eine verantwortliche und genaue Befassung mit den Abläufen, den behördeninternen Zuständigkeiten, der allgemeinen Organisation der Behörde, der Beachtung von Verfahrensordnungen, gesetzlichen und gerichtlichen Vorgaben sowie der Einbettung der Behörde in ihrem Umfeld voraus. Die Außensicht eines Kreistagsabgeordneten bildet hierfür keine ausreichende Grundlage. Ich für mich würde es als unseriös empfinden, zum jetzigen Zeitpunkt hierzu verbindlich Aussagen zu tätigen. Nach Vorlage des Ergebnisses der aktuellen Organisationsuntersuchung der Ausländerbehörde sind voraussichtlich konkrete Handlungsoptionen ableitbar.

Jens Hinze (parteilos):

Ich kann es nicht beurteilen, aber das Wort Ausländerbehörde, da könnte ich das erste Mal k... wenn ich das höre.

b) Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Verwaltungs- und Bearbeitungsabläufe in der Behörde kundenfreundlicher und praktikabler gestalten?

Meiko Rachimov (Piratenpartei):

Durch Aufstockung von Personalstellen können die Abläufe kundenfreundlicher gestaltet werden.

Georg Hartmann (Bündnis 90/Die Grünen):

*Auch diese Frage ist seriös und realistisch erst nach einer ausreichenden Innensicht, Instruktion sowie sachlichen und objektiven Betrachtung der konkreten und detaillierten Gegebenheiten zu beantworten möglich. Jedenfalls sind Schulungen der Mitarbeiter*innen für interkulturelle Kompetenzen angezeigt.*

c) Inwiefern hat die Digitalisierung der Abläufe für Sie in diesem Kontext einen prioritären Stellenwert?

Meiko Rachimov (Piratenpartei):

Ich selbst bin beruflich im IT-Bereich zuhause. Die Digitalisierung erspart Kosten und kann Prozesse beschleunigen. Bei aller Optimierung darf der Landkreis aber nicht vergessen, dass es bei den „Verwaltungsvorgängen“ immer auch um das Schicksal von Menschen geht. Oft geht es gerade auch um traumatisierte Menschen, welche der persönlichen Betreuung bedürfen.

Georg Hartmann (Bündnis 90/Die Grünen):

Digitalisierung kann eine sehr wertvolle „Ressource“ sein, wenn sie vernünftig ausgestaltet wird und den wirklichen Bedürfnissen gerecht wird. Sie ist eine wichtige Voraussetzung für Transparenz und eine reibungslose Bearbeitung der Anträge. Das gilt natürlich genauso in der Ausländerbehörde.

Jens Hinze (parteilos):

Digitalisierung hat für mich einen sehr hohen Stellenwert. Es muss möglich gemacht werden, das egal wo man im Landkreis lebt, Dinge digital erledigt werden können, man erkennt wo sich was mit welchem Bearbeitungsstand befindet. Die Verwaltung muss sich dem Wandel anpassen, den sozialen Medien öffnen, Tätigkeiten, Entscheidungen, auch wenn es unbeliebt scheint transparent machen und teilen.

d) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Beratung der Antragsteller*innen ausdrücklich ins das Aufgabenspektrum der Behörde integriert wird?

Meiko Rachimov (Piratenpartei):

*Aus meiner Sicht ist es selbstverständlich, dass die Beratung der Antragsteller*innen Bestandteil der Arbeit der Behörde ist. Der Staat/ die Behörde ist für die Menschen da und muss dementsprechend auch beratend agieren.*

Georg Hartmann (Bündnis 90/Die Grünen):

Ja.

Jens Hinze (parteilos):

Eine meiner Mottos ist „Der Landkreis muss sich als Dienstleister sehen“, und so könnte ich ihre Frage mit ja beantworten.

e) Können Sie sich vorstellen, im Landkreis PM nach dem Vorbild der Potsdamer "AG Ausländerbehörde" ein Gremium zu installieren, in dem sich Vertreter*innen von Behörde und Verwaltung, Betroffene, Migrationsberatende und Ehrenamtliche über Ziele und Maßnahmen verständigen, um den Prozess der Modernisierung der Behörde zu verstärken und zu beschleunigen?

Meiko Rachimov (Piratenpartei):

Ja.

Eine Behörde, welche nicht bereit ist, Fachwissen von außen anzunehmen, kann ihre Verwaltungsabläufe nicht dauerhaft verbessern und zeitgemäß gestalten.

Georg Hartmann (Bündnis 90/Die Grünen):

Ja.

Jens Hinze (parteilos):

Sorry ich kenne das Gremium und deren Arbeit nicht. Da Sie aber schon so explizit Fragen, scheint Ihnen das Wichtig und ein Wunsch für eine zukünftige Arbeit im PM zu sein. Wenn ich Landrat bin lassen Sie uns darüber reden.

f) Wie stehen Sie zu Forderungen, die auf eine einheitliche(re) Praxis der Ausländerbehörden im Land Brandenburg bei der Nutzung von asyl- und aufenthaltsrechtlichen Ermessensspielräumen (zugunsten der Betroffenen) abzielen?

Meiko Rachimov (Piratenpartei):

Ich begrüße derartige Forderungen und bin bereit, derartige Forderungen auch nach außen hin offensiv zu vertreten.

Georg Hartmann (Bündnis 90/Die Grünen):

Diese sind unterstützungswürdig. Denn sie dürften auch insgesamt zu einer positiven Entscheidungspraxis führen, da sie einem kritischen Personenkreis zugänglich werden. Sie stellen einheitliche Verwaltungspraxis sicher und verhindern nur schwer revidierbare falsche Entscheidungen, gegen die Rechtsschutz nur über die hohe Hürde eines gerichtlichen Verfahrens möglich ist.

Marko Köhler (SPD):

Die Fragen zu 4a) bis 4f) beantworte ich wie folgt:

Zu Beginn meiner Tätigkeit als Landrat werde ich mich mit den Mitarbeiter:innen der Ausländerbehörde zusammensetzen und mit ihnen über die Aufgaben, Abläufe sowie über die Digitalisierung und Modernisierung der Behörde sprechen. Mir schwebt vor, dass die Ausländerbehörde von den Geflüchteten künftig als „Willkommensbehörde“ wahrgenommen wird.

Christian Große (CDU):

Gemeinsame Antwort für a) - f):

Ich kann Ihnen leider nicht abschließend mitteilen ob die Ausländerbehörde mit genügend Personal ausgestattet ist. Der Landkreis hat - wie alle Kommunen - erhebliche Probleme, Personal zu finden und die vorhandenen Stellen entsprechend zu besetzen. Hier wird die Digitalisierung zur Vereinfachung von Arbeitsprozessen beitragen. Die Aufnahme von Beratungsleistungen erachte ich als schwierig, da diese auch Rechtsberatung umfassen kann und somit von den Mitarbeitern nicht leistbar ist. Ein übergeordnetes Gremium zur Zusammenarbeit kann ich mir vorstellen.

Hans-Peter Goetz (FDP):

Antwort zu 4. a) bis 4. f)

Die Situation in der Ausländerbehörde ist unzureichend. Mittelfristig ist mit der Konzentration der Verwaltung in Bad Belzig und Beelitz Heilstätten Besserung zu erwarten. Ich hoffe, dass mit einem alsbaldigen Abklingen der Corona-Pandemie Kapazitäten frei werden, die dann anderen Behördenteilen, auch der Ausländerbehörde, zugute kommen. Der digitale Zugang zur Behörde ist zu erleichtern. Trotzdem sollen über den Kreis Ansprechstellen entstehen oder erhalten werden. Dort können dann auch in begrenztem Umfang Hilfestellungen erfolgen. Eine möglichst einheitliche Praxis der Behörden in Brandenburg und darüber hinaus begrüße ich.

5. Integrationsbeirat

Hinweis: Marko Köhler (SPD) und Hans-Peter Goetz (FDP) haben die Fragen 5. a) bis 5. c) mit zusammenfassenden Texten beantwortet – siehe 5. c); Jens Hinze (parteilos) hat lediglich die Frage 5. b) beantwortet.

a) Wie beurteilen Sie den integrationspolitischen Stellenwert des im Landkreis PM bestehenden Integrationsbeirats?**Meiko Rachimov (Piratenpartei):**

Integrationsbeiräte sind natürlich äußerst wichtig für die politische aber auch soziale Teilhabe Geflüchteter. Sie können jedoch nur im Rahmen ihrer Möglichkeiten agieren. Dies bedeutet einerseits, dass Mitspracherechte der Integrationsbeiräte entsprechend auszugestaltet sind und andererseits auch die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Hierdurch kann der Stellenwert des Integrationsbeirates auch im Landkreis Potsdam-Mittelmark noch deutlich aufgewertet werden.

Georg Hartmann (Bündnis 90/Die Grünen):

Der aktuelle Stellenwert ist ausbaufähig.

Christian Große (CDU):

Er dient als Bindeglied und hat einen hohen Stellenwert.

b) Halten Sie den Beirat für ein (potentiell) wirksames Instrument zur Förderung der demokratischen Teilhabe geflüchteter Menschen?**Meiko Rachimov (Piratenpartei):**

Der Beirat hat die Aufgabe die Interessen von Zugewanderten zu vertreten, Position zu beziehen und Politik/Verwaltung zu beraten. Er ist da, um die Partizipation und Chancengleichheit von Menschen unterschiedlicher Herkunft zu fördern und das Verständnis der Menschen in Potsdam-Mittelmark füreinander zu unterstützen. Als problematisch sehe ich es hierbei an, dass der Beirat vom Kreistag gewählt wird. Mir persönlich wäre es lieber, wenn der Beirat durch die Betroffenen selbst bestimmt werden würde, weil dies die Legitimation des Gremiums stärken würde.

Georg Hartmann (Bündnis 90/Die Grünen):

Der Integrationsbeirat kann ein wirksames Instrument für die Förderung der demokratischen Teilhabe geflüchteter Menschen sein, bräuchte jedoch mehr Unterstützung und Anerkennung durch die Verwaltung.

Jens Hinze (parteilos):

Hier kann ich die Frage mit einem klarem ja beantworten, ich bin ein Fan von demokratischen Prozessen.

Christian Große (CDU):

Ja.

c) Befürworten Sie eine Aufwertung des Beirats und falls ja, welche Ansatzpunkte sehen Sie diesbezüglich?**Meiko Rachimov (Piratenpartei):**

Ich befürworte eine Aufwertung. Hierzu verweise ich auf die vorhergehenden Ausführungen.

Georg Hartmann (Bündnis 90/Die Grünen):

Ja, u.a. bessere Regelung des Wahlverfahrens zum Integrationsbeirat und eine professionelle Begleitung bzw. Unterstützung für den Beirat.

Marko Köhler (SPD):

Antwort zu den Fragen 5a) bis 5c):

Der Integrationsbeirat ist eine wichtige Stütze für das friedliche Zusammenleben und die freie Entfaltung der im Landkreis lebenden Menschen aus allen Kulturkreisen und Herkunftsgebieten. Die Auffassungen des Beirates - sowie auch anderer Beiräte - sollten noch mehr als bisher in den Beratungen der Fachausschüsse berücksichtigt werden. Geprüft werden sollte auch, in welcher Höhe dem Integrationsbeirat Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden könnten.

Christian Große (CDU):

Um diese Frage zu beantworten, bedarf es einer Evaluation der bisherigen Arbeit.

Hans-Peter Goetz (FDP):

Antwort zu 5. a) bis 5. c)

Der Integrationsbeirat bleibt weit hinter seinen Möglichkeiten. Volle Besetzung und geschlossenes Auftreten würden ihn deutlich stärken.

6. Ehrenamtliche Arbeit

Hinweis: Meiko Rachimov (Piratenpartei), Marko Köhler (SPD) und Hans-Peter Goetz (FDP) haben die Fragen 6. a) und 6. b) mit zusammenfassenden Texten beantwortet – siehe 6. b).

a) Wie bewerten Sie bezogen auf PM den Stellenwert Ehrenamtlicher Arbeit für gelingende Integration?

Georg Hartmann (Bündnis 90/Die Grünen):

Sehr wichtig. Sie ist die zentrale Stütze der Integration vor Ort in der Gemeinschaft, aber der Landkreis darf sich auf der Arbeit der Ehrenamtlichen nicht ausruhen.

Jens Hinze (parteilos):

Aus Erfahrung als Bürgermeister, Vorstandsvorsitzender, Mitglied in verschiedenen Vorständen Elternsprecher, Feuerwehrmann etc. kann ich Ihnen sagen ohne Ehrenamt geht doch gar nichts mehr in diesem Land. Traurig aber war und so ist es auch bei Integration 😊

Christian Große (CDU):

Diese Arbeit hat einen unschätzbaren Stellenwert.

b) Sehen Sie Ansatzpunkte für den Landkreis, um das Ehrenamt stärker und nachhaltiger als bislang zu unterstützen?

Meiko Rachimov (Piratenpartei):

Antwort zu 6. a) und 6. b)

Ohne ehrenamtliche Tätigkeit wäre der aktuelle Stand der Integration undenkbar. Möglichkeiten zur besseren Unterstützung des Ehrenamtes bestehen in Potsdam-Mittelmark etwa im Bereich der materiellen wie auch organisatorischen Unterstützung ehrenamtlicher Tätigkeit. Wichtig wäre ein guter Draht in die Behörden des Landkreises, um relevante Informationen ohne Zeitverzug auszutauschen.

Georg Hartmann (Bündnis 90/Die Grünen):

Der Landkreis ist schon gut beraten, wenn er sich regelmäßig offensiv hinter das ehrenamtliche Engagement stellt und diesem „den Rücken stärkt“, d.h., zweifelsfrei erkennen lässt, dass dieses positiv zu bewerten ist, notwendig und elementar. Ggf. kommt die Förderung der ehrenamtlichen Infrastruktur in Betracht.

Jens Hinze (parteilos):

Zu dieser Frage würde ich mich auch gerne mit Ihnen unterhalten um in einem Austausch zu kommen unabhängig von der Wahl zum Landrat. Da das aus meiner Sicht nicht ganz einfach ist. Wie schon gesagt ohne Ehrenamt funktioniert nichts mehr in unserem Land. Und wie man es stärkt habe ich momentan auch keine Antwort.

Marko Köhler (SPD):

Antwort zu den Fragen 6a) und 6b):

Die ehrenamtliche Arbeit zur Unterstützung der Geflüchteten und das damit verbundene Engagement von Bürgerinnen und Bürgern kann nicht hoch genug gewürdigt werden. Bei der Vermittlung der deutschen Sprache, bei der Suche einer Wohnung, der Kommunikation mit Behörden oder der Wahrnehmung von Terminen bei der Jobsuche, um nur einige Beispiele zu nennen, sind die Ehrenamtlichen unverzichtbar.

Christian Große (CDU):

Durch eine gute Integration in die Arbeit vor Ort und Kommunikation auf Augenhöhe.

Hans-Peter Goetz (FDP):

Antwort zu 6. a) und 6. b)

Integration muss von beiden Seiten erarbeitet werden. Das kann ohne ehrenamtliches Engagement nicht gelingen. Bei den materiellen Voraussetzungen kann der Landkreis helfen.

Rückmeldung Stefan Schwabel (parteilos, E-Mail vom 16.01.2022):

Sehr geehrte Frau Koschel, sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank zunächst für den umfangreichen Fragenkatalog und Ihrem Interesse an meiner Person. Ich muss allerdings bereits an dieser Stelle darauf hinweisen, dass ich die meisten Fragen zu diesem Zeitpunkt gar nicht beantworten kann, da hierfür eine Einarbeitung in das Amt notwendig ist, um so detaillierte Antworten geben zu können.

Zu vielen Ihrer Fragen habe ich natürlich eine eigene Meinung, aber diese ist hier nicht gefragt und somit möchte ich auf die politische Neutralität des Amtes verweisen. Wie Ihnen bekannt ist, werde ich alleine keine Entscheidungen treffen können, da auch ein Landrat an Entscheidungen höherer Gremien gebunden ist, z.B. die des Kreistages und selbstverständlich bereits bestehender Gesetze auf Landes- und Bundesebene.

Ich kann Ihnen allerdings versichern, dass ich in die Probleme geflüchteter Menschen besseren Einblick habe, als meine Mitkandidaten.

Ich war einer der ersten Brandenburger, der sich aktiv dazu bereiterklärt hat, einen minderjährigen geflüchteten Syrer als Pflegekind in unseren Haushalt aufzunehmen. Themen wie Integration, Unterbringung, Vorurteile, schulische Bildung, Familiennachzug, schwebende Asylverfahren, sowie sämtliche großen und kleinen Probleme des Zusammenlebens konnte ich aus 2,5 Jahren eigenem Erleben erfahren.

Diese Zeit hat mich sehr geprägt und wird sicherlich Einfluss auch auf meine zukünftigen Entscheidungen diesbezüglich haben.

Sollte ich zum Landrat gewählt werden, bin ich gern bereit, nach einer angemessener Einarbeitungsphase, die restlichen Antworten auf Ihre Fragen zu geben und stehe selbstverständlich auch für persönliche Gespräche zur Verfügung. Verstehen Sie daher bitte, dass ich keinesfalls voreilige oder falsche Versprechungen machen möchte, die ich nicht einhalten kann.

Ich wünsche Ihnen ein angenehmes Restwochenende und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

St. Schwabel